

Nationalversammlung oder Rätssystem?

Der Allgemeine Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte vom 16. bis 21. Dezember 1918 in Berlin

Otto Wenzel

Selten wird in der Öffentlichkeit daran erinnert, daß die deutsche Geschichte nicht nur Schattenseiten, sondern auch Lichtseiten hat. Zu diesen zählt der längst vergessene Allgemeine Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands, der vom 16. bis 21. Dezember 1918 im Gebäude des Preußischen Abgeordnetenhauses in Berlin stattfand.¹

Nach dem Zusammenbruch der alten Ordnung übergab am 9. November 1918 Reichskanzler Prinz Max von Baden seine Amtsgeschäfte dem SPD-Vorsitzenden Friedrich Ebert.² Dieser bildete zusammen mit seinen Parteigenossen Philipp Scheidemann und Otto Landsberg sowie dem Vorsitzenden der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD), Hugo Haase, und seinen Parteigenossen Wilhelm Dittmann und Emil Barth den Rat der Volksbeauftragten, der in der Reichskanzlei amtierte. Dieser unterstellte sich den Regierungsapparat mit den als Ressortchefs amtierenden Staatssekretären, denen Beigeordnete aus beiden sozialdemokratischen Parteien zur Seite gestellt wurden.³ Am 10. November wurde er auf einer Versammlung von etwa 3.000 gewählten Arbeiter- und Soldatenräten im Zirkus Busch bestätigt.⁴ Der von dieser Versammlung gewählte Vollzugsrat der Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte, der aus sieben Revolutionären Obleuten⁵, sieben Sozialdemokraten⁶ und vierzehn Soldaten bestand, tagte im Preußischen Herrenhaus. Er proklamierte sich am 11. November zum obersten Organ aller Arbeiter- und Soldatenräte und verlangte, daß alle Behörden seinen Anordnungen Folge leisteten.⁷ Die am Vortag gebildete paritätisch

1 Allgemeiner Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands. Vom 16. bis 21. Dezember 1918 im Abgeordnetenhaus zu Berlin. Stenographische Berichte. Herausgeber und Verleger: Zentralrat der sozialistischen Republik Deutschlands. Berlin, Herrenhaus 1919.

2 Die Regierung der Volksbeauftragten 1918/19. Erster Teil, eingeleitet von Erich Matthias, bearbeitet von Susanne Miller unter Mitwirkung von Heinrich Potthoff. Düsseldorf 1979, S. XXII und 1 ff. Matthias schreibt, daß keine planmäßige Initialzündung die Revolution in Gang brachte, sondern, „eine spontane Bewegung, die von Soldaten ausging, auf Arbeiter übergriff und nirgends Widerstand fand“ (S. XX).

3 Ebd., S. CXXXIII.

4 Ebd., S. XXII; Winkler, Heinrich August: Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918 bis 1924. Berlin/Bonn 1984, S. 46 ff.; Kolb, Eberhard: Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918–1919. Düsseldorf 1962, S. 118 f.

5 Der Kreis der Revolutionären Obleute war im ersten Kriegsjahr aus oppositionellen Funktionären der Berliner Eisen-, Metall- und Revolverdreher gebildet worden und hatte seit 1915 Zulauf aus anderen Gewerkschaften. 1917 schloß er sich organisatorisch der USPD an. Unter den illegalen Bedingungen des Krieges konnte er Erfahrungen bei der Organisation von politischen Streiks und Massenaktionen sammeln. Seit Sommer 1918 lehnte er sich an das Vorbild der bolschewistischen Revolution in Rußland an und machte die Arbeiter- und Soldatenräte zur Grundlage der zu schaffenden neuen Regierungsform (Scharrer, Manfred: „Freiheit ist immer...“. Die Legende von Rosa & Karl. Berlin 2002, S. 91; Kolb: Arbeiterräte, S. 38 ff.).

6 Wenn hier von Sozialdemokraten die Rede ist, sind immer die Mitglieder der SPD gemeint. USPD-Mitglieder werden als Unabhängige Sozialdemokraten oder Unabhängige bezeichnet.

7 Kolb: Arbeiterräte, S. 119 und 126; Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte, Sp. 16.

zusammengesetzte preußische Regierung wurde von ihm bestätigt.⁸ Eine „bolschewistische Gefahr“ bestand damals nicht. Aber die sowjetrussische Regierung forderte am 11. November in einem Funkspruch die Soldaten und Matrosen auf, die Waffen nicht aus der Hand zu geben und eine Arbeiter-, Soldaten- und Matrosenregierung mit Liebknecht an der Spitze zu bilden. Sie sollten sich „keine Nationalversammlung aufschwätzen“ lassen.⁹

Am 23. November wurde vereinbart, daß der Vollzugsrat ein Kontrollrecht und die Kompetenz habe, die Mitglieder des Rats der Volksbeauftragten zu berufen und abzu-berufen. Dieser sollte die vollziehende Gewalt ausüben.¹⁰ Der Vollzugsrat war für die Legitimation des Rats der Volksbeauftragten gegenüber den revolutionären Arbeitern und Soldaten unentbehrlich. Trotzdem war er politisch schwach, da er keinen Verwaltungsapparat hatte und wegen seiner Zerstrittenheit „zu jeder klaren Meinungs- und Willensbildung so gut wie unfähig war“ (Erich Matthias). Obwohl er neunzehn weitere Mitglieder aus anderen Landesteilen kooptierte, war er von den Arbeiter- und Soldatenräten Deutschlands nicht legitimiert, ihm wurde in der Provinz sogar der Vorwurf gemacht, eine Diktatur aufzurichten zu wollen.¹¹ Am 23. November lud er alle Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands ein, Delegierte zu einem am 16. Dezember in Berlin beginnenden Kongreß zu entsenden. Die Delegierten sollten auf Landes-, Bezirks- oder Provinztagungen gewählt werden, wobei auf 200.000 Einwohner ein Delegierter kam, beim Heer auf 100.000 Mann.¹² Schon am 9. November hatten Ebert, Scheidemann und Landsberg in einem Aufruf Wahlen zu einer „konstituierenden Nationalversammlung“ in Aussicht gestellt.¹³ Am 29. November legte der Rat der Volksbeauftragten – vorbehaltlich der Bestätigung durch den Rätekongreß – den 16. Februar als Wahltermin fest.¹⁴

Die Rote Fahne, das Zentralorgan des Spartakusbundes, rief am 16. Dezember zu einer großen Demonstration für sechs Forderungen auf. Dazu gehörten: Die Beseitigung des „Ebertschen“ Rats der Volksbeauftragten. Der zu wählende Zentralrat sollte höchstes Organ der Gesetzgebung und Regierungsgewalt sein, die Gegenrevolution entwaffnen, das Proletariat bewaffnen, Rote Garden bilden und die Proletarier aller Länder zur Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten sowie zur „sozialistischen Weltrevolution“ aufrufen.¹⁵ Am nächsten Tag berichtete sie, daß 250.000 Berliner Proletarier gegen die Nationalversammlung demonstriert hätten und eine gewaltige Kundgebung unter dem Banner des Spartakusbundes stattgefunden habe.¹⁶

8 Regierung der Volksbeauftragten I, S. 38.

9 Ebd., S. 101.

10 Ebd., S. 127 ff. Der Rat der Volksbeauftragten übte zudem legislative Funktionen aus. Er wurde auch als Kabinett, Reichsregierung oder Reichsleitung bezeichnet.

11 Ebd., S. CIV; Kolb: Arbeiterräte, S. 126 und 133.

12 Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte, Sp. IV.

13 Regierung der Volksbeauftragten I, S. XXIII.

14 Kolb: Arbeiterräte, S. 132 f.

15 Die Rote Fahne v. 16.12.1918.

16 Die Rote Fahne v. 17.12.1918; der sozialdemokratische *Vorwärts* vom 17. Dezember 1918 (Morgenausgabe) schrieb, daß es den Spartakisten gelungen sei, durch „schärfste terroristische Mittel“ eine größere Zahl von Arbeitern aus den Betrieben herauszuziehen und auf die Straße zu bringen, machte aber keine Zahlenangaben.

Kein Mandat für Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Der Rätekongreß wurde vom Vorsitzenden des Vollzugsrats, Richard Müller, eröffnet, der die Sicherung der Errungenschaften der Revolution annahmte.¹⁷ Der Vorsitzende des Rats der Volksbeauftragten, Ebert, hielt eine Begrüßungsansprache, in der er dazu aufrief, den neuen Rechtsstaat zu errichten und keine Gewaltherrschaft mehr zu dulden.¹⁸ Von den 489 Delegierten, die von der Mandatsprüfungskommission bestätigt wurden, waren 292 Sozialdemokraten, 90 Unabhängige, 25 bekannten sich zur Deutschen Demokratischen Partei, elf gehörten zur Fraktion der Vereinigten revolutionären Arbeiter und Soldaten. 25 Soldaten und 46 Zivilisten machten keine Angaben über ihre politische Richtung.¹⁹ Zu Vorsitzenden wurden Robert Leinert (SPD), Josef Gornolka (Westfront) und Friedrich Seger (USPD) gewählt.²⁰ Der von vier Delegierten unterschriebene Antrag, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg²¹ als Gäste mit beratender Stimme zuzulassen, wurde mit Mehrheit abgelehnt.²² Folgende Punkte standen auf der Tagesordnung:

Berichte des Vollzugsrates und der Volksbeauftragten

Nationalversammlung oder Räteverfassung

Wahl des Vollzugsrates der Republik (Zentralrat)

Sozialisierung des Wirtschaftslebens.²³

In den Debatten, in denen 117 Delegierte und Teilnehmer (die Mitglieder des Rats der Volksbeauftragten, Beigeordnete, Referenten und Mitglieder des Vollzugsrats) sprachen, spiegelten sich die zunehmenden Spannungen zwischen der SPD-Mehrheit und der USPD-Minderheit wider, auch innerhalb der Regierung. Die Reden wurden häufig durch laute Beifalls- und Mißfallensbekundungen unterbrochen. Der sozialdemokratische Volksbeauftragte Landsberg setzte sich mit den Enthüllungen des Delegierten Otto Braß (USPD) über „gegenrevolutionäre Umtriebe“ auseinander. Er sagte, Generale, die sich nicht loyal verhielten, würden von ihrem Posten entfernt, aber nicht verhaftet. Ziel der Regierung sei, das stehende Heer zu demobilisieren und ein demokratisches Volksheer zu schaffen. Zur „Anklagerede“ des Vollzugsrats gegen den Rat der Volksbeauftragten führte er aus, dieser habe schon in den ersten Tagen nach der Revolution die Einberufung eines allgemeinen Rätekongresses gefordert. Diese sei dann zu einem viel zu späten Zeitpunkt erfolgt. Die Einsetzung von Standgerichten habe der Rat der Volksbeauftragten stets abgelehnt.²⁴ Als das Vollzugsratsmitglied Georg Ledebour (USPD) „Landsberg und Genossen“ „konterrevolutionäre Machenschaften“ vorwarf, die man „niedertrampeln und niederreißen“ müsse, entstand ein Tumult, der im steno-

17 Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte, Sp. 1 ff.

18 Ebd., Sp. 3 f.

19 Ebd., S. 198–214. Von den 489 Delegierten waren 86 Soldatenvertreter.

20 Ebd., Sp. 7.

21 Bei den Delegiertenwahlen in Berlin erhielt die SPD 349 Stimmen und sieben Delegierte, die USPD 281 Stimmen und fünf Delegierte, die Liste der freien Berufe 79 Stimmen und einen Delegierten. Bei den Soldatenratswahlen kam die SPD auf 204 Stimmen und vier Delegierte, die USPD auf 121 Stimmen und zwei Delegierte. Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht kamen nicht auf die Liste der USPD, weil sie in dieser Partei nicht mehrheitsfähig waren. Eine eigene Liste des Spartakusbundes aufzustellen hatten sie nicht gewagt (Vorwärts v. 15.12.1918; Scharrer: Freiheit ist immer, S. 124).

22 Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte, Sp. 12.

23 Ebd., S. V.

24 Ebd., Sp. 65 ff. und 74 ff.

graphischen Bericht mit den Worten festgehalten wurde: „Fast hatte es den Anschein, als sei der Kongreß gesprengt und nicht mehr verhandlungsfähig“.²⁵

Am 16. Dezember ließ der Vorsitzende den Sprecher einer Berliner Arbeiterdelegation das Wort ergreifen, der die Forderungen der *Roten Fahne* wiederholte.²⁶ Am 17. Dezember forderte der Sprecher einer Soldatendelegation, die in den Plenarsaal eingedrungen war, die Ausübung der Kommandogewalt über alle Truppen des Heeres durch einen obersten Soldatenrat sowie die Entwaffnung aller Offiziere und das Verbot aller Rangabzeichen.²⁷ Als am 18. Dezember wiederum eine Arbeiterdelegation, die von Wilhelm Pieck (Spartakusbund) geführt wurde, sich Zutritt verschaffen wollte, führte Leinert, der die Versammlung meisterhaft leitete, einen nahezu einstimmig angenommenen Beschluß herbei, daß Delegationen außerhalb des Plenarsaals mit Vertretern der Fraktionen verhandeln sollten, damit der Ablauf des Kongresses, der „für die Arbeiter ganz Deutschlands zu arbeiten hat“, nicht behindert werde.²⁸

Im Mittelpunkt der Beratungen stand der Tagesordnungspunkt „Nationalversammlung oder Räteverfassung“. Bis 1917 war in den Reihen der Sozialisten der Zweiten Internationale trotz aller Differenzen die gemeinsame Grundüberzeugung erhalten geblieben, daß die zukünftige sozialistische Gesellschaft nur in der Form einer demokratischen Republik verwirklicht werden könne. Das „erste Wort einer Revolution“ müsse immer die Einberufung einer Konstituante (Verfassungsgebenden Nationalversammlung) sein. Darum haben die Bolschewiki nach der Februarrevolution 1917 am entschiedensten ihre Einberufung gefordert und daran nach ihrer Machteroberung im Oktober festgehalten.²⁹ Da bei der im November abgehaltenen Wahl zur Konstituante die Partei Lenins nur 168 von 703 Sitzen errang, wurden die Abgeordneten nach dem ersten Sitzungstag, dem 5. Januar 1918, auf Beschluß des Rats der Volkskommissare ausgesperrt.³⁰ In ihrer Schrift *Zur russischen Revolution*, die sie im Gefängnis verfaßte, verteidigte Rosa Luxemburg das allgemeine Wahlrecht, Pressefreiheit, Vereins- und Versammlungsfreiheit eindrucksvoll gegen Lenins und Trotzki's Diktaturtheorie.³¹ Nach der Novemberrevolution 1918 trat sie jedoch nur noch für die „Diktatur der Arbeiter- und Soldatenräte“ ein. Am 20. November 1918 schrieb sie in der *Roten Fahne*, wer heute die Nationalversammlung wolle, sei ein verkappter Agent der Bourgeoisie. Die Diktatur des Proletariats sei Demokratie im sozialistischen Sinne, und der Bürgerkrieg sei nur ein anderer Name für Klassenkampf.³² Am 24. November sprach sie die Drohung aus: „Wer sich dem Sturmwagen der sozialistischen Revolution entgegenstemmt, wird mit zertrümmerten Gliedern am Boden liegenbleiben.“³³ Am 15. Dezember fand auf der Verbandsgeneralversammlung der Berliner USPD ein Rededuell zwischen dem USPD-Vorsitzenden Haase und Rosa Luxemburg statt. Diese forderte, daß der Rätekongreß das Kabinett Ebert-Scheidemann „beseitigen“ und die National-

25 Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte, Sp. 125.

26 Ebd., Sp. 19 f.

27 Ebd., Sp. 122 f.

28 Ebd., Sp. 143 ff.

29 Scharrer, Manfred: Rosa Luxemburg – Zwischen Demokratie und Diktatur. Ein Beitrag zur Debatte über das Rosa-Luxemburg-Denkmal. In: ZdF 9/2000, S. 45.

30 Hildermeier, Manfred: Geschichte der Sowjetunion 1917–1991. Entstehung und Niedergang des ersten sozialistischen Staates. München 1998, S. 130 f.

31 Luxemburg, Rosa: Gesammelte Werke. Bd. 4: August 1914 bis Januar 1919. Berlin 1974, S. 358 f.

32 Scharrer: Freiheit ist immer, S. 102; Luxemburg: Werke, Bd. 4, S. 408 ff.

33 Ebd., S. 414.

versammlung als „Attentat auf die Revolution und die Arbeiter- und Soldatenräte“ ablehnen müsse. Die von ihr eingebrachte Resolution erhielt 195 Stimmen, die des USPD-Vorstandes 485.³⁴

Max Cohen (SPD) für eine Nationalversammlung

Auf dem Rätekongreß sprachen der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Max Cohen³⁵ für die Wahl der Nationalversammlung, Ernst Däumig (USPD), einer der Führer der Revolutionären Obleute, für das Rätesystem. Cohen, dessen Rede viel Optimismus ausstrahlte, würdigte die Leistungen der Arbeiter- und Soldatenräte in den ersten Tagen der Revolution. Ohne sie wäre wahrscheinlich die Katastrophe hereingebrochen. Jetzt komme es darauf an, die Produktion wieder in Gang zu bringen und der Desorganisation im Land ein Ende zu bereiten. Es müsse eine Zentralgewalt geschaffen werden, die den äußeren Zerfall des Reiches aufhält. Nur die Nationalversammlung, zu der jeder Deutsche, ob Mann oder Frau, wahlberechtigt seien, könne den Volkswillen feststellen; die Arbeiter- und Soldatenräte würden nur den Teilwillen ausdrücken. Der Referent warnte vor der Gefahr einer Aufteilung Deutschlands, insbesondere einer rheinisch-westfälischen Republik, wenn die dortige Industrie und Wirtschaft zur Auffassung gelangten, daß sie in Deutschland nicht mehr gebraucht würden. Die Deutschen in Österreich seien „im Reich willkommen.“³⁶

Cohen setzte sich kritisch mit dem Bolschewismus auseinander, der in Rußland die Diktatur errichtet habe, nachdem er bei den Wahlen zur Konstituante von der Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt worden sei. Die „Außerordentliche Kommission“ (Tscheka) habe den Arbeitern ihre Rechte genommen, der Bolschewismus habe in Rußland den Sozialismus auf Jahrzehnte diskreditiert. Das Land hungere und friere, weil die alten Produktions- und Handelsformen zerschlagen worden seien. Der Referent kam auf die Sozialisierung, eine alte Forderung der Sozialdemokratie, zu sprechen und stellte fest, daß es zur Zeit „gar nichts zu sozialisieren“ gebe, da die Produktion zusammengebrochen sei. „Sozialisierung ist ein organischer Entwicklungs- und Umbildungsprozeß, bei dem neue Wirtschaftsformen neben werdenden und alten Formen zusammen existieren werden.“ Er fuhr fort: „Wenn wir eine sozialistische Mehrheit haben wollen, müssen wir die Nationalversammlung so schnell wie möglich einberufen.“ Die bisherigen Wahlen zu den konstituierenden Landesversammlungen bestätigten das: In Braunschweig wurden zwanzig Sozialdemokraten und sechzehn Bürgerliche gewählt, in Anhalt 22 Sozialdemokraten und sechzehn Bürgerliche, in Mecklenburg-Strelitz 22 Sozialdemokraten und zwanzig Bürgerliche. Die „deutsche Bourgeoisie“ werde ihre Kräfte, die für die Produktion unentbehrlich seien, „nur dann zur Verfügung stellen, wenn der Mehrheitswille des Volkes hinter uns steht“. Nach der Wahl der Nationalversammlung würden die Arbeiter- und Soldatenräte „an anderen Plätzen eine Wirkungstätigkeit entfalten, die unserem Volk zum allergrößten Segen gereichen wird“.³⁷

34 Scharrer: Freiheit ist immer, S. 122 f.

35 Max Cohen wurde, da er im Fürstentum Reuß ältere Linie gewählt worden war, als Reichstagsabgeordneter unter dem Namen Cohen (Reuß) geführt, um nicht mit dem Abgeordneten Oskar Cohn (Berlin) verwechselt zu werden (Die Reichstagsfraktion der deutschen Sozialdemokratie 1898 bis 1918. Zweiter Teil, bearbeitet von Erich Matthias und Eberhard Pickart. Düsseldorf 1966, S. 534). Diesen Namen findet man gelegentlich auch in der Literatur. Er nahm ebenso wie Däumig als Mitglied des Vollzugsrats, nicht als gewählter Delegierter am Rätekongreß teil.

36 Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte, Sp. 209 f. und 214 f.

37 Ebd., Sp. 217 f., 220 und 223.

Däumig meinte in seinem Korreferat, auf die bürgerliche Demokratie müsse die proletarische Demokratie folgen, die ihren Ausdruck im Rätssystem finde, und fuhr fort, ein Weltkrieg müsse „zur Weltrevolution führen, hier früher, da später“.³⁸ Die Diktatur sei zweifellos mit dem Rätssystem verbunden, aber was sich in Rußland abgespielt habe, brauche sich in Deutschland nicht zu wiederholen. Er bekannte sich dazu, den „Verzweiflungskampf der Bolschewiki“ unterstützt zu haben und das immer noch zu tun. Die Veränderung der Besitzverhältnisse und der politischen Rechtsverhältnisse bezeichnete er als einen „Akt des Weltgerichts“, „wehleidige Betrachtungen über die Ungleichheit der Diktatur“ berührten ihn nicht. Die Revolutionäre müßten mit der ganzen alten Verwaltungsmaschine im Reich, in den Bundesstaaten und in den Kommunen „aufräumen“. Die Sozialisierung müsse nach einem großen, einheitlich angelegten Plan vor sich gehen. Bis dahin sollten die Arbeiter durch ihre Räte die Betriebe überwachen. Wenn die Arbeiterräte allmählich „aus der Kontrollfunktion in die Verwaltungsfunktion hineinwachsen“, würde „all das beseitigt, was jetzt Anlaß zu Klagen gegeben hat“,³⁹ womit er die nach dem 9. November teilweise aufgetretenen chaotischen Zustände meinte. Wie ein Rätssystem in einem Land wie Deutschland funktionieren sollte, sagte Däumig nicht. Aus seinen Worten sprachen viel Gläubigkeit und wenig Realitätssinn.

Große Mehrheit gegen das Rätssystem

An der Aussprache beteiligten sich fünfzehn Redner. Fritz Heckert, einer der zehn Spartakusanhänger, die auf der Liste der USPD ein Mandat erlangt hatten,⁴⁰ führte die von Cohen geschilderten Schrecken des Bolschewismus auf den Frieden von Brest-Litowsk, die Intervention von Engländern und Franzosen und den Bürgerkrieg zurück. Rätegewalt sei wahre Demokratie, weil „Parasiten“ keine Rechte im neuen Staat hätten.⁴¹ Der Antrag Cohens, die Wahlen zur Verfassungsgebenden Nationalversammlung auf den 19. Januar festzusetzen, wurde mit großer Mehrheit angenommen. Die Stimmen wurden nicht ausgezählt, aber nach Zeitungsberichten stimmten vierhundert Delegierte für ihn, fünfzig gegen ihn.⁴² Für den Antrag Däumig, „unter allen Umständen an dem Rätssystem als Grundlage der Verfassung der sozialistischen Republik festzuhalten“ und den Räten die höchste gesetzgebende und Vollzugsgewalt zu übertragen, stimmten in namentlicher Abstimmung 98 Delegierte, 344 dagegen.⁴³

Zum Tagesordnungspunkt „Sozialisierung des Wirtschaftslebens“ sprach Rudolf Hilferding, der Verfasser des *Finanzkapitals*. Sozialisierung könne nicht Übergabe der Betriebe an die Arbeiterschaft bedeuten, sondern die gesamte Produktion müsse in die Verfügungsgewalt der Gemeinschaft überführt werden, zunächst in Betriebszweigen, die dafür reif seien. Diese Vorbedingungen seien in erster Linie im Bergbau gegeben. Mit seiner Sozialisierung würde dem deutschen Kapitalismus sein wichtigstes Machtmonopol genommen und auch die Macht der Großbanken erschüttert. Er unterschied zwischen Industriezweigen, die nur von einer wirtschaftlichen Zentralstelle übernommen werden könnten, und anderen, deren Träger kleinere „Gesellschaftskörper“ sein

38 Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte, Sp. 229 und 231.

39 Ebd., Sp. 232 ff.

40 Scharrer: Freiheit ist immer, S. 125.

41 Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte, Sp. 240 f.

42 Ebd., Sp. 282; Kolb: Arbeiterräte, S. 199.

43 Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte, Sp. 300.

könnten. So könnten die Bäckereien von den Kommunen übernommen werden. Die bisherigen Eigentümer sollten eine Entschädigung in Form einer staatlichen Rente erhalten. Sie und die noch nicht Sozialisierten sollten einer Besitzsteuer unterworfen werden, die zu einem Ausgleich der Vermögensunterschiede beitragen werde. In den bäuerlichen Besitz sollte nicht eingegriffen, der Großgrundbesitze jedoch sozialisiert werden. Er war jedoch dagegen, landwirtschaftliche Großbetriebe in Kleinbetriebe aufzulösen. Hilferdings Ausführungen waren insgesamt recht vage. Er sagte nichts über den Handel und darüber, welche Rechtsform die sozialisierten Betriebe erhalten sollten.⁴⁴

Eine Überraschung brachte am 19. Dezember die Wahl des Zentralrates der Arbeiter- und Soldatenräte. Am Vortag war beschlossen worden, daß der Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands „die gesamte politische Macht repräsentiert“ und bis zur anderweitigen Regelung durch die Nationalversammlung die gesetzgebende und vollziehende Gewalt dem Rat der Volksbeauftragten überträgt. Der Rätekongreß wählte einen Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte zur parlamentarischen Überwachung des deutschen und des preußischen Kabinetts.⁴⁵ Mit diesem Beschluß wurde der Rat der Volksbeauftragten als revolutionäre Übergangsregierung erstmals durch einen Repräsentanten der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands legitimiert. Über die Konzentration der Macht beim Rat der Volksbeauftragten, die auf nur noch wenige Wochen beschränkt war, berichtete *Die Rote Fahne* mit der Balkenüberschrift „Selbstmord des Rätekongresses“.⁴⁶ Im übrigen schenkte sie diesem Kongreß weniger Aufmerksamkeit als der Beisetzung von Demonstranten, die – zum Teil bewaffnet – am 6. Dezember vor der „Maikäferkaserne“ an der Ecke Chausseestraße/Invalidenstraße beim Zusammenstoß mit Gardefüsiliern zu Tode gekommen waren. Wie der Historiker Heinrich August Winkler schreibt, ist niemals geklärt worden, wer zuerst schoß.⁴⁷

Kurz vor der Wahl des Zentralrats teilte der Delegierte Braß (USPD) mit, seine Fraktion habe wegen der Ablehnung ihres Antrags, daß der Zentralrat das „volle Recht der Zustimmung oder Ablehnung von Gesetzen vor ihrer Verkündung“ hat,⁴⁸ beschlossen, sich nicht an dieser Wahl zu beteiligen. Damit hatte sich der linke Flügel dieser Partei durchgesetzt und die Stellung der USPD-Volksbeauftragten außerordentlich geschwächt.⁴⁹ Daraufhin wurden in den Zentralrat nur 27 Sozialdemokraten gewählt.⁵⁰

Das überwältigende Votum für die Nationalversammlung hinderte den Rätekongreß trotz seiner sozialdemokratischen Mehrheit nicht, bei einigen Abstimmungen gegen die Politik des Rats der Volksbeauftragten zu handeln. So in einem vom sozialdemokratischen Fraktionsvorsitzenden Hermann Lüdemann eingebrachten Antrag, der die Regierung beauftragte, mit der Sozialisierung aller hierzu reifen Industrien, insbeson-

44 Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte, Sp. 312 ff.

45 Ebd., Sp. 176. Ebert hatte sich in der Debatte dafür eingesetzt, daß dem Rat der Volksbeauftragten auch die gesetzgebende Gewalt übertragen werde, da dieser sonst nicht handlungsfähig sei (ebd., Sp. 291).

46 *Die Rote Fahne* v. 20.12.1918.

47 Winkler: *Von der Revolution*, S. 97 f.; *Die Rote Fahne* v. 21.12.1918.

48 Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte, Sp. 300; *Der Zentralrat der Deutschen Sozialistischen Republik 19.12.1918–8.4.1919. Vom Ersten zum Zweiten Rätekongreß*. Bearbeitet von Eberhard Kolb unter Mitwirkung von Reinhard Rürup. Leiden 1968, S. XXXI.

49 *Regierung der Volksbeauftragten I*, S. LXXX f.

50 Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte, Sp. 300 f.

dere des Bergbaus, unverzüglich zu beginnen.⁵¹ Auf Initiative des Hamburger Soldatenrats beantragten beide sozialdemokratischen Parteien den Beschluß, daß die oberste militärische Kommandogewalt von den Volksbeauftragten unter Kontrolle des Zentralrats ausgeübt werden sollte, in den Garnisonen die militärische Kommandogewalt „im ständigen Einvernehmen mit der obersten Kommandogewalt von den örtlichen Arbeiter- und Soldatenräten“. Alle überörtlichen militärischen Angelegenheiten sollte die oberste Kommandogewalt „im Verein mit einem Delegiertenrat der Garnisonen“ erledigen. Ferner sah der Beschluß die Beseitigung der Rangabzeichen und die Wahl der militärischen Führer durch die Soldaten vor.⁵² Die sozialdemokratischen Volksbeauftragten konnten beide Anträge nicht verhindern oder wenigstens abmildern, da sie die Stimmung eines Großteils der eigenen Fraktion wiedergaben.⁵³ Der Beschluß über die militärische Kommandogewalt löste bei der Obersten Heeresleitung (OHL) die Befürchtung aus, daß die vollkommene Auflösung des Heeres drohe.⁵⁴ Hier wirkte sich das Versäumnis der Volksbeauftragten aus, der OHL nach der Revolution die militärische Kommandogewalt über das gesamte Feldheer überlassen und nicht gleich eine zuverlässige republikanische Schutztruppe geschaffen zu haben. Allerdings kommt Winkler zu dem Schluß, daß es wegen der Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung ungewiß gewesen sei, ob eine aus Anhängern beider sozialdemokratischer Parteien gebildete Freiwilligentruppe „geschlossen in Aktion treten würde, wenn es um die Abwehr linksradikaler Putschisten ging“. Deshalb sei, wie der sozialdemokratische Politiker Julius Leber nach dem Scheitern der Weimarer Republik schrieb, den neuen Machthabern nichts anderes übriggeblieben, als den eigenen Schutz „einigen Generalen anzuvertrauen, die mit Truppenresten noch so etwas wie Macht darstellten“.⁵⁵

Robert Leinert (SPD) sagte in seinem Schlußwort, dieser Kongreß werde „gewaltige Nachwirkungen im Deutschen Volke“ und „große Wirkung auch auf die Arbeiterklasse der ganzen Welt ausüben“, und endete mit einem dreifachen Hoch auf die „geeinte sozialistische Republik Deutschland“.⁵⁶

„Revolutionäre Konstituante“ leitet in parlamentarische Demokratie über

Auch wenn die Entscheidung für die Wahl der Nationalversammlung wegen der sozialdemokratischen Mehrheit der Delegierten schon vorher feststand, kann die Bedeutung des Rätekongresses nicht hoch genug eingeschätzt werden, weil er als „revolutionäre Konstituante“⁵⁷ die revolutionäre Übergangsperiode in die parlamentarische Demokratie überleitete.

Trotz der Entscheidung des Rätekongresses für die Nationalversammlung hielt die Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) auf ihrem Gründungsparteitag, der vom 30. Dezember 1918 bis zum 1. Januar 1919 in einem Saal des Abgeordnetenhauses stattfand, an der Diktatur des Proletariats und dem Rätssystem fest. Die Parteiführung unter Rosa Luxemburg trat aber für die Teilnahme an der Wahl zur Nationalversammlung ein, die monatelang das politische Leben Deutschlands beherrsch-

51 Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte, Sp. 344.

52 Ebd., Sp. 346; Der Zentralrat, S. 2 ff.

53 Regierung der Volksbeauftragten I, S. CIX.

54 Winkler: Von der Revolution, S. 106 f.

55 Ebd., S. 70. Das Leber-Zitat in: Ein Mann geht seinen Weg. Frankfurt am Main 1952, S. 204 f.

56 Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte, Sp. 356 und 358.

57 Regierung der Volksbeauftragten I, S. CVIII.

te. Die Nationalversammlung sollte von der Partei zur Tribüne der revolutionären Propaganda gemacht werden, was die „Hauptaktion“ auf der Straße unterstützen sollte. Der Parteitag verweigerte ihr jedoch mit 62 zu 23 Stimmen die Gefolgschaft. Eine Vereinigung mit den Revolutionären Obleuten scheiterte hauptsächlich an der Weigerung der Partei, an der Wahl zur Nationalversammlung teilzunehmen.⁵⁸

Der Zentralrat konstituierte sich am 20. Dezember und wählte Robert Leinert, Max Cohen und Hermann Müller zu Vorsitzenden. Am 23. Dezember nahmen Angehörige der im Stadtschloß einquartierten, zunehmend radikalisierten „Volksmarinedivision“ wegen unerfüllter Soldforderungen die Volksbeauftragten Ebert und Landsberg in der Reichskanzlei vorübergehend fest und verhafteten und mißhandelten den Stadtkommandanten Otto Wels (SPD). Truppen aus Potsdam griffen daraufhin am 24. Dezember zu seiner Befreiung das Schloß und den Marstall, deren Räumung die Matrosen verweigert hatten, mit Artillerie an.⁵⁹ Am 29. Dezember erklärten die USPD-Volksbeauftragten in einem Schreiben an den Zentralrat ihren Austritt aus der Regierung. Der Zentralrat hatte ihnen gegenüber tags zuvor gebilligt, daß die SPD-Volksbeauftragten den Kriegsminister angewiesen hatten, alles Nötige zur Befreiung von Wels zu unternehmen, jedoch die Artilleriebeschießung von Schloß und Marstall mißbilligt.⁶⁰ Als einige Tage später die Unabhängigen auch aus der preußischen Regierung ausschieden, war der Zentralrat unentbehrlich, weil er auf „verfassungskonforme Weise“ die Umbildung beider Kabinette billigte.⁶¹

In der Folgezeit stand er politisch hinter dem Rat der Volksbeauftragten. Nach der Absetzung des Polizeipräsidenten Emil Eichhorn (USPD) durch den preußischen Innenminister, weil Eichhorn seine Sicherheitswehr während der Auseinandersetzung mit der Volksmarinedivision nicht auf die Seite der Regierung, sondern auf die Seite der Matrosen gestellt hatte, brach am 5. Januar 1919 der Januaraufstand aus. Dilettantisch geführt wurde er von den Revolutionären Obleuten, dem Berliner USPD-Vorstand sowie Vertretern der Zentrale der KPD. Liebknecht war einer der drei Vorsitzenden des Revolutionskomitees, das die Verhaftung des Kabinetts und die Besetzung der militärisch wichtigen Gebäude beschloß. Rosa Luxemburg trat für ein entschlossenes Handeln ein, „Gegenrevolution entwaffnen, Massen bewegen und alle Machtpositionen besetzen“, und lehnte bis zum Schluß Verhandlungen zur Beilegung der Kämpfe ab. Diese endeten am 11./12. Januar mit der Erstürmung der von den Aufständischen besetzten Verlagsgebäude des *Vorwärts* und anderer Zeitungen durch Regierungstruppen.⁶² Der Zentralrat teilte am 6. Januar in einem Aufruf mit, daß das „verbrecherische, alle Errungenschaften der Revolution gefährdende Treiben bewaffneter Banden“ ihn genötigt habe, „der Reichsleitung außerordentliche Vollmachten zu erteilen“.⁶³ Schließlich gab er der Regierung nach eingehender Beratung Rückendeckung bei der Verabschiedung der „Vorläufigen Regelung der Kommandogewalt und Stellung der

58 Bericht über den Gründungsparteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) vom 30. Dezember 1918 bis 1. Januar 1919. Hrsg. von der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund). Berlin o. J., S. 9 ff.; Wenzel, Otto: 1923 – Die gescheiterte „Deutsche Oktoberrevolution“. Münster 2003, S. 13; Scharrer: Freiheit ist immer, S. 147.

59 Die Regierung der Volksbeauftragten 1918/19. Zweiter Teil, eingeleitet von Erich Matthias, bearbeitet von Susanne Miller unter Mitwirkung von Heinrich Potthoff. Düsseldorf 1969, S. 82 f., 86 und 101. Über den weiteren Verlauf der Kämpfe vgl. Winkler: Von der Revolution, S. 110.

60 Regierung der Volkbeauftragten II., S. 137 und 132.

61 Ebd., S. CXIV und CXVI.

62 Scharrer: Freiheit ist immer“, S. 150 ff.; Winkler: Von der Revolution, S. 120 ff.

63 Der Zentralrat, S. 222 und LIX.

Soldatenräte im Friedensheer“ vom 19. Januar, die den Aktionsradius der Soldatenräte stark einschränkte.⁶⁴ Trotz der grundsätzlichen Übereinstimmung mit der Regierung geriet ein Teil der Mitglieder des Zentralrats in einen inneren Gegensatz zu ihr, weil er es für verfehlt hielt, alle Eingriffe in die wirtschaftliche, soziale, bürokratische und militärische Struktur bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung aufzuschieben. Es kam allerdings zu keiner wirklichen Auseinandersetzung, weil die Hektik der Ereignisse keine Zeit zur Besinnung ließ.⁶⁵

Am 4. Februar richtete der Zentralrat eine von Cohen unterzeichnete Botschaft an die Nationalversammlung, in der er die ihm vom Rätekongreß übertragene Gewalt in die Hände des Parlaments legte und seiner Arbeit Erfolg wünschte. Der vom II. Rätekongreß am 14. April gewählte Zentralrat bestand bis zur Errichtung des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates im Mai 1920. Er beschränkte sich aber als höchste Instanz der zu dieser Zeit nicht mehr sehr zahlreichen Arbeiter- und Bauernräte darauf, die Regierung in Fragen der wirtschaftlichen Räte organisatorisch zu beraten.⁶⁶

Keine einzige Gedenktafel erinnert in der deutschen Hauptstadt an den Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands, die Rede des Sozialdemokraten Max Cohen und die Entscheidung für die Wahl der Verfassungsgebenden Nationalversammlung im Dezember 1918.⁶⁷ An Rosa Luxemburg, die leidenschaftliche Kämpferin für die Diktatur des Proletariats und den Bürgerkrieg („... dem Feinde das Wort: Daumen aufs Auge und Knie auf die Brust“),⁶⁸ erinnern neun Gedenkstätten; eine zehnte soll bis Herbst 2006 fertiggestellt werden.⁶⁹

64 Der Zentralrat, S. 441 ff.

65 Regierung der Volksbeauftragten I, S. CXVIII.

66 Ebd., S. 544 ff., L Anm. 1. Cohen gehörte dem Reichswirtschaftsrat von 1920 bis 1933 als Delegierter der Reichsregierung an (Munzinger-Archiv, 21/63). Der Reichswirtschaftsrat war ein Gremium, in dem Vertreter der Arbeiter, Angestellten, Unternehmer und „sonst beteiligter Volkskreise“ vertreten waren. Sozialpolitische und wirtschaftspolitische Gesetzentwürfe von grundlegender Bedeutung waren ihm von der Reichsregierung vor dem Einbringen zur Begutachtung vorzulegen. Er hatte das Recht, solche Gesetzesvorlagen selbst zu beantragen. Stimmte ihnen die Reichsregierung nicht zu, hatte sie trotzdem die Vorlage unter Darlegung ihres Standpunkts beim Reichstag einzubringen (Artikel 165 der Weimarer Verfassung).

67 E-Mail von Rilana Mahler, Büro des Abgeordnetenhauses von Berlin, an den Verfasser vom 4. Oktober 2004. In der von ihr erwähnten Dauerausstellung über die Geschichte des Hauses im Foyer wird der Rätekongreß mit einem einzigen Satz erwähnt, Cohen wird nicht genannt. In Postkartengröße ist eine Aufnahme von diesem Kongreß zu sehen.

68 Scharrer: Freiheit ist immer, S. 107 f., 165 f. und 169.

69 Der Spiegel 11/2002, S. 47; Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 13.1.2005, S. 31.